



Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

TAUNUS ECHO

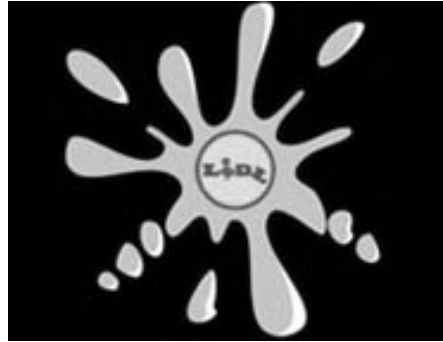
Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei / Hochtaunus

Nummer 4, 27. Jahrgang, August/ September 2005

Lidl contra Arbeiterinnen

Die Discount-Kette Lidl will verhindern, dass rund 15 Lidl Arbeiterinnen in der Münchner Filiale Berg am Laim einen Betriebsrat wählen.

Die Geschäftsleitung von Lidl reagierte prompt nach dem bekannt werden des Vorhabens. Noch am Nachmittag reiste der Verkaufsleiter in der Lidl-Filiale an und zitierte die Beschäftigten zu Einzelgesprächen, in denen diese vor allem nach den Initiatorinnen der Betriebsratswahl befragt wurden. Die Wahl von Betriebsräten wird von Lidl seit längerem massiv behindert. Daher gibt es in den bundesweit rund 2 600 Filialen auch gerade einmal acht Betriebsräte. Generell würden die Beschäftigten massiv eingeschüchtert. Durch Druck, Kontrollen und Androhungen soll die Idee, sich Betriebsräte zu wählen, gar nicht erst zur Umsetzung kommen. Kann die Wahl doch nicht verhindert werden, werden Führungskräfte durch Einzelgespräche, Versprechungen und kurzzeitige Verbesserungen die Beschäftigten davon abbringen, einen Betriebsrat zu wählen. In diesem Fall, zeigte der Verkaufsleiter größtes Interesse und Fürsorge und hat zwei Tage vor der Versammlung den Beschäftigten bei einer Einladung zum Abendessen versichert, zahlreiche Missstände auch ohne Betriebsrat aus der Welt zu schaffen. „Seit



dieser Woche können die Beschäftigten abends pünktlich nach Hause gehen, Arbeitszeiten werden korrekter erfasst, Verkäuferinnen sind nicht mehr gezwungen, schwere Kisten alleine zu heben.“ Auf die Betriebsratskandidatin von Ver.di wartete dagegen bei Arbeitsbeginn gleich eine „Überraschung“. Sie war am Abend vorher als einzige Beschäftigte gemeinsam mit dem Verkaufsleiter und zwei Führungskräften aus der Filiale bei der Wahlversammlung anwesend. Da sie weiß, dass bei Lidl konstruierte Kassendifferenzen häufig dazu benutzt werden, Abmahnungen auszusprechen oder Diebstahlsvorwürfe zu erheben, zählte sie die Kasse nach. Prompt stellte sie vor Arbeitsantritt fest, dass 25 • in ihrer Kasse fehlten. Als sie die Differenz bei den Vorgesetzten reklamierte, wurde das als Versehen abgetan. Ver.di und auch

wir stellen das in Frage.

Vor dem Erscheinen des Schwarz-Buch Lidl gab es mehrere Fälle, in denen Lidl-Beschäftigten Informationsmaterial der Gewerkschaft Ver.di von Führungskräften abgenommen wurde oder Gewerkschaftsvertreter Hausverbot erteilt bekam. Ein Großteil der rund 40 000 Beschäftigten, die allermeisten davon Frauen, arbeitet deshalb bislang ohne Mitbestimmung und Arbeitnehmervertretung in den Filialen. Was Mut macht, zum ersten Mal streikten im Rahmen von Tarifaueinandersetzung im Einzelhandel am 24. Juni auch Beschäftigte in zwei Lidl-Filialen. „100 Prozent der Belegschaft war im Tagesstreik“, teilte Streikleiter Hilmar Müller, von Ver.di Bamberg mit. **Wir hoffen, das dies Wellen auch nach Hessen zieht.**

Inhalt

Seite 1: Lidl contra Arbeiterinnen, Mehrwertsteuer 16, 18, 20,...%

Seite 2: Milupa, Leserbrief und Antwort, Ausbilden statt Ausbeuten, Die Hauptschüler sind die großen Verlierer

Seite 3: Kommunisten im Taunus Teil 2, Rechter Hip-Hop, Linke Skins machen mobil

Seite 4: Weltfestspiele Caracas, Venezuela libre, Bist du krank? Flieg nach Cuba!, Antikommunismus in der CSR

Seite 5: 50 Jahre Bundeswehr, Historisches, Zur möglichen Bundestagswahl

Seite 6: 14. UZ Pressefest, Ruhr-camp Anton Makarenko

Seite 7: Werbung, Aktionen und Termine, Kommunalwahl 2006

Seite 8: Liebt das Buch - Quelle des Wissens, Jugend in der DKP - Jugend in die DKP, Juz Köppern

Mehrwertsteuer 16, 18, 20, ...%

Die CDU will die Mehrwertsteuer erhöhen, dafür aber die Beiträge zur „Arbeitslosenversicherung“ senken.

Draufzahlen werden alle, die keine oder nur geringe Sozialbeiträge zahlen. Erwerbslose, Rentner, Beamte, Geringverdienende und Familien bis in mittlere Einkommensklassen. Das weist der Ver.di - Bundesvorstand in seinem aktuellen Infodienst „Wirtschaftspolitik aktuell“ nach. In der Analyse der Gewerkschaft heißt es: „Die CDU/CSU will die Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent erhöhen, dafür aber die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,5 Prozent senken. Für viele Beschäftigte heißt das mehr netto und scheint deshalb

attraktiv. „Wenn die Unternehmer die Mehrwertsteuer auf die Preise aufschlagen können, müssen wir mehr bezahlen. Die Unternehmer werden den Druck auf unsere Löhne weiter erhöhen. Die Einsparungen bei den Beiträgen werden so schnell wieder aufgezehrt.“ Ver.di weist auch nach, wer wirklich von einer Mehrwertsteuererhöhung profitieren wird: Die Unternehmen zahlen sechs Milliarden Euro weniger Beiträge an die „Arbeitslosenversicherung“. Mehr Arbeitsplätze bringt das nicht – es treibt die „Arbeitslosenversicherung“ in die Pleite, weitere Leistungskürzungen stehen somit als erstes an. **Rüstung runter, statt Sozialabbau!**

Die DKP Hochtaunus ist auch telefonisch zu erreichen.

Und zwar mittwochs von 18.00 Uhr bis 20.00 Uhr

unter 06175/940302

Milupa



Ein richtiges Einkaufsparadies soll Friedrichsdorf werden – mit einem schönen Lebensmittel-Einkaufsmarkt und mehreren großflächigen Geschäften voller Schuhe und Kleider direkt in der Innenstadt.

Das ist das Ergebnis aus vier Sitzungen der Arbeitsgruppe „Entwicklungskonzept Kernbereich“. Was die künftige Gestaltung des Milupa-Geländes jedoch nicht in der bisherigen Form vorsieht, sind genügend Arbeitsplätze. Fest steht, der größte Teil der Milupa-Gebäude wird abgerissen. Auch der Verwaltungstrakt in der Bahnstraße. Der

Babynahrungshersteller, der zum niederländischen Royal – Numico - Konzern gehört, hat vor wenigen Wochen die Produktion in Friedrichsdorf platt gemacht. Vorerst bleibt nur das Gebäude mit den Labors in der Professor-Wagner-Straße stehen. Für die Verwaltung soll ein neues Haus gebaut werden. Denn Milupa will angeblich noch mit den Abteilungen Entwicklung, Forschung und Verwaltung in der Hugenottenstadt bleiben. Für wie lange, ??? Nun haben alle Stadtverordneten über alle Parteigrenzen hinweg, dem Vorschlag zugestimmt. Jetzt kann Royal - Numico mit der Investorensuche beginnen. Der Babynahrungshersteller ist mit dem Entwurf einverstanden. Warum auch nicht. Geld hat er genug gescheffelt. Die Beschäftigten sind ihm egal. Zur Arbeitsgruppe haben auch Vertreter dieser Firma gehört. Wie Politiker, Vereine und „interessierte Bürger“, wie es in der Pressemitteilung der Stadt hieß. Die DKP hat als Gegner des Konzepts, das kaum Arbeitsplätze schafft, natürlich gefehlt. Wir von der DKP wurden selbstverständlich nicht dazu ein geladen.

Die Hauptschüler sind die großen Verlierer

Alle Kinder haben laut hessischem Schulgesetz §1 Abs. 1 und 2 das Recht auf Bildung,

wobei weder Geschlecht, Behinderung, Herkunftsland, Religionsbekenntnis noch die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung bestimmend sein dürfen. Man kann nun das Schulgesetz kritisch hinterfragen und dann feststellen: Man findet keine Kinder von Anwälten, Ärzten oder Richtern in Hauptschulklassen und andererseits auch kaum Kinder von Arbeitslosen, Reinigungshilfen, Straßenreinigern in den Gymnasien. So scheinen die Armen dümmer zu sein? Oder haben sie doch nicht die gleichen Chancen? Nach dem neuen hessischen Schulgesetz, das im Sommer in Kraft tritt, werden die Chancen der Hauptschüler noch mehr verschlechtert. Die Berufsschulpflicht wird abgeschafft. Bisher wurden Hauptschüler nach ihren neun Schuljahren noch in einer Berufsschule unterrichtet, wenn sie keinen Ausbildungsplatz bekommen hatten. Dort konnten sie Grundkenntnisse für einen Beruf erlernen, der sie interessiert. Sie hatten ein weiteres Jahr Bildung. Seit diesem Sommer nicht mehr. Nach der aktuellen miserablen Lehrstellensituation werden Kinder ohne Schulabschluss oder mit Hauptschulabschluss in der Wirtschaft nicht gebraucht, also hat man die Berufsschulpflicht mal eben für Jugendliche ohne Ausbildungsvertrag abgeschafft. Jetzt besteht zwar noch ein „Recht“ zum Besuch einer Berufsschule; aber den Schulen steht es frei, ob sie einen Hauptschüler aufnehmen oder nicht, wobei die Chancen angesichts der gravierenden Engpässe an Be-



rufsschulen gering sein dürften.

Hürden vor der 10. Klasse

Früher konnte jeder problemlos das 10. Schuljahr besuchen; jetzt ist nach der 9. Klasse Schluss. Die Möglichkeit, weiter eine allgemeinbildende Schule zu besuchen und einen mittleren Abschluss zu machen, ist für Hauptschüler zwar vorgesehen, aber fast Null. Sie müssen den sog. „qualifizierten Hauptschulabschluss“ haben (das schafft nur ein Drittel), die Eltern müssen einen Antrag stellen und die Schule muss zustimmen - und dann müssen sie dieselbe Abschlussprüfung machen wie Real-Schüler. Zitat: „... sind die gleichen Anforderungen des mittleren Bildungsganges zu Grunde zu legen“, was fast unmöglich ist. Hauptschüler sind also die deutlichen Verlierer des neuen hessischen Schulgesetzes, sie stehen direkt auf der Straße, wenn sie nicht in irgendeiner „Maßnahme“ unterkommen - bis Hartz IV greift. *) Die meisten Eltern wissen von dem Dilemma noch nichts. Liegt darin vielleicht die Antwort auf die Frage, warum sich die Eltern nicht beschweren? Sie werden darüber nicht informiert. Die privaten Bildungsträger bieten zwar den Hauptschulabschluss an,

Leserbrief & Antwort

Danke für das Taunus-Echo.

Ich muss allerdings sagen, dass ich die Ratzinger - Satire ziemlich grenzwertig finde. Denn was ist ein „Polenjob“? offensichtlich nichts gutes. Das ist zwar richtig, wir sollten uns meines Erachtens jedoch dieser Sprache nicht bedienen.

Lars

Lieber Lars,

im nachhinein betrachtet, hast du natürlich vollkommen Recht. Diese Sprache ist herabwürdigend. Auch aus diesem Grund ein etwas besseres Bild zu „unserem“ Papst.



aber nur den einfachen - nicht den qualifizierenden. Also: noch mehr Kinder direkt - ohne über Los zu gehen - auf die Straße. *) **P.S.:Bei Ablehnung von „zumutbarer Arbeit“, werden Jugendlichen unter 25 Jahre die Hartz-IV-Bezüge nicht nur gekürzt, sondern (bis auf Miete) für 3 Monate komplett gestrichen.**



Am 1. und 2. 10. veranstaltet die SDAJ (Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend) in Nürnberg ein bundesweites Tribunal gegen die Verantwortlichen der Ausbildungsmisere.

In einer Gerichtsverhandlung mit Zeugenaussagen und Kreuzverhör sollen die größten Ausbildungsplatzkiller der BRD ermittelt und verurteilt werden. Dabei werden nicht nur Zeugen auf dem Podium gehört, sondern jeder Teilnehmer hat die Möglichkeit, in verschiedenen Arbeitsgruppen seine eigenen Gedanken und Erfahrungen einzubringen.

Mehr dazu in der nächsten Ausgabe.

Kommunisten im Taunus (2)

Paul Grünewald wurde am 15.01.1912 in Frankfurt am Main geboren.

Schon früh wurde er Jugendfunktionär des ZdA (Zentralverband der Angestellten). Nach der Machtübertragung auf den Faschismus, wollten mehrere Gruppen im ZdA Widerstand leisten. Allerdings wiegelten die Sozialdemokratischen Funktionäre, die in der Mehrheit waren, ab. Trotzdem haben Paul und seine Genossen weiter Widerstand geleistet, sie haben Verbindung zu illegalen Funktionären der KPD in Frankfurt genutzt und eine Widerstandsgruppe aufgebaut. Einmal gelang es auch die Zeitung „Der Junge Kämpfer“ herauszubringen. Durch den Verrat eines Spitzels, wurde die Gruppe im Oktober 1934 zerschlagen und die Mitglieder verhaftet. 28 Angeklagte zählte der Prozess im Januar 1935, der unter der Bezeichnung „Grünwald und Genossen“ lief. Paul wurde zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Diese Zeit saß er in Frankfurt, Friedendietzen, Preungesheim und Zweibrücken ab. Direkt im Anschluss kam er von 1938 bis zum Oktober 1940 als sogenannter „Schutzhäftling“ in das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar. Durch die Hartnäk-

kigkeit seiner zukünftigen Frau Gertrud, wurde er dann im Oktober 1940 entlassen. Die zwei zogen nach Oberursel und wohl durch einen Zufall oder einfach durch Glück, wurde Paul nicht zum Srafbataillon 999 eingezogen. Er sollte eigentlich im Straßenbau für „den Sieg“ arbeiten, er kam allerdings wieder durch einen Zufall zur Firma Bosdijk in Oberursel. Dort gab es einen zwar konservativen Betriebsleiter aus Dänemark der jedoch nicht Nazi-freundlich war. Durch die Arbeit in Oberursel konnte Paul weiterhin Kontakt zu Genossen in Oberursel halten, auch wenn er weiter unter Polizeiaufsicht stand. Nach der Befreiung vom Faschismus in Oberursel am 30. März 1945, gehörte Paul Grünewald zu den Mitbegründern der KPD im Obertaunus, kurze Zeit später. Von 1948 bis 1952 war er KPD Kreistagsabgeordneter im Obertaunus und Abgeordneter im Stadtparlament Oberursel. Er arbeitete weiter und wurde zum Betriebsrat bei Bosdijk gewählt. Dies blieb er bis zu seiner Rente, die letzten drei Jahre war er sogar als Betriebsrat freigestellt. Bis zu seinem Lebensende am 20.10.1996 war Paul Grünewald Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei.

Linke Skins machen mobil



Die linken Skinheads (Redskins bzw. RASH-Skins) wollen mit mehreren Konzerten und anderen Aktivitäten ihre scharfe Abgrenzung gegenüber kurzhaarigen Neonazis und anderen Deppen demonstrieren.

Dazu haben sie eine „Redskinoffensive“ für den Herbst angekündigt. In einer per E-Mail verbreiteten Information heißt es über diese Aktionen: „Die (organisierte) Redskinszene kommt hierzulande immer mehr in Fahrt: der linke Teil der Skinheadszene hat erkannt, dass es so wie bisher nicht mehr weitergehen kann, was die bundesdeutsche Skinheadszene betrifft. Jahrelang wurde es stillschweigend mehr oder weniger toleriert, dass die Grenzen innerhalb der Szene zum rechten bzw. rechtsoffenen Teil relativ schwimmend verliefen. Damit muss endlich Schluss sein!

Viel zu oft wurden Bands und Leute in der Szene toleriert, die eindeutig rechte Positionen vertreten bzw. heute mit Linken und morgen mit Rechten abhingen. Ein Problem stellt natürlich die Tatsache dar, dass es in der BRD kaum Skinheadbands mit linken Inhalten gibt, was in anderen europäischen Ländern (Spanien, Frankreich, Italien) eigentlich eher der Normalfall ist. Wir haben erkannt wie wichtig es ist Kultur und Widerstand miteinander zu verbinden und müssen in Zukunft verstärkt darauf bauen auch hierzulande wieder mehr linke politische Subkultur zu fördern und zu etablieren. Weitere Informationen unter www.red-skins.de



Rechter Hip-Hop

Betrachtung der Frauen als Ware sowie Feindseligkeit gegenüber Homosexuellen gehört zum Hip-Hop wie berufsunerfahrene Friseurin zu Angela Merkel.

Umso stärker verwundert die Tatsache, dass bisher kein Rapstar ein Hakenkreuz an seine Goldkette pappte. Zumindest noch nicht. Doch mit rechts angehauchten Reimen des Rappers Fler dauert's bestimmt nicht mehr lange. Zitat aus dem Album „Neue Deutsche Welle“: „Das ist Schwarz-Rot-Gold, hart und stolz. Man sieht's mir nicht an, doch glaub mir, meine Mom ist deutsch.“ Das Erfolgsrezept von „Aggro Berlin“ ist schnell durchschaut: Das Label setzt auf primitive Texte, die eine primitive Masse ansprechen sollen. Denn irgendwann langweilt sich auch das anspruch- und niveauloseste Publikum. Jahrelang propagierte die Szene übermäßigen Drogenkonsum, Waffengewalt und die Sache mit der Mutter. Aber irgendwann hängen Drogen und Nutten selbst den abgebrühtesten Sandkasten-Gangstern aus dem Hals. Neue, phänomenale Niveaulosigkeiten müssen her. Am besten etwas von rechts, denn die Spitzen eines Hakenkreuzes an einer Goldkette ködern gleich mehrere Zielgruppen: Sowohl die überzeugten Ghetto-Fanatiker in ihren Einfamilienhäusern als auch die glatzköpfigen Adolf-Groupies in Bomberjacken. Warum auch nicht? Schließlich liegen beide Bewegungen intelligenztechnisch dicht beieinander. Der empörte Aufschrei, man dürfe Hip-Hopper nicht mit Nazis gleichsetzen, verliert mit Fler seine Berechtigung. Aus der Werbetrommel von Aggro Berlin brummte es: „Ab 1. Mai wird zurückgeschossen“ - ein abgewandeltes Hitler-Zitat, das von jedem stolzen germanischen Kamerad als solches erkannt wird und somit entsprechendes Interesse auch außerhalb der üblichen Hip-Hop-Klientel weckt. Ist die einst multikulturelle und alles andere als rassistische Bewegung „Hip-Hop“ rechts? Hinter dem vermeintlichen National-Getue steckt eine ausgeklügelte Verkaufsstrategie der Firmenbosse. Dumme Provokationen mochten die Aggro-Konsumenten schon immer. Gefährlich wird es aber, wenn die Hörermasse ebendiese rechts angehauchten Zeilen unreflektiert verdaut und ausscheidet. Rechtsradikaler Dünnschiss ist so gut wie sicher. Diesem Tabubruch aus einem relativ bekannten und etablierten Studio werden auch weitere folgen. Und wie uns die Geschichte lehrt, werden die kommenden Tabu-

brüche um einiges härter, und vor allem eindeutiger sein. Es ist abzuwarten, was die sogenannten „Wortkünstler“ demnächst auf Blitzkrieg reimen.



Weltfestspiele Caracas



Wie das bundesweite Vorbereitungskomitee für die 16. Weltfestspiele der Jugend und Studierenden nach Ablauf der Anmeldefrist mitteilte, werden an den Weltfestspielen der Jugend, die im August in Venezuela stattfinden werden, rund 200 junge Menschen aus Deutschland teilnehmen. Mit einer Spendenaktion in der BRD wurde es mehreren Teilnehmer aus der ehemaligen deutschen Kolonie Namibia ermöglicht, auch an den Weltfestspielen teilzunehmen. Wie Venezuelas Präsident Hugo Chávez in seiner wöchentlichen Radio- und Fernsehsendung „Aló Presidente“ mitteilte, werden an den 16. Weltfestspielen der Jugend und

Studierenden mehr als 120.000 Jugendliche und Studierende aus 133 Ländern teilnehmen. Allein 11.000 Jugendliche kommen aus Ländern Nord-, Mittel- und Südamerikas. Insgesamt haben 458 Jugend- und Studierendenorganisationen ihr Kommen angekündigt. Der erste Tag des Festivals, der 7. August, steht noch ganz im Zeichen der Anreise und Unterbringung der Tausenden von Jugendlichen. Die offizielle Eröffnungsveranstaltung findet dann am 8. August in Los Próceres statt. Am folgenden Tag beginnen dann die unzähligen Diskussions- und Informationsveranstaltungen. Höhepunkt dieser Veranstaltungen wird am 13. und 14. August das Antimperialistische Tribunal sein, das in vier Veranstaltungen die Anklagen der Jugend der Welt gegen den Imperialismus verhandeln wird. Ebenfalls am 14. August findet aus Anlaß des 60. Jahrestages der Befreiung vom Hitler-Faschismus ein großes Friedenskonzert statt. Die Abschlußveranstaltung am 15. August ist dann vollständig dem venezolanischen Volk gewidmet und erinnert an den 200. Jahrestag des Schwurs Simón Bolívars auf dem Monte Sacro bei Rom und den ersten Jahrestag des Sieges beim Referendum über eine vorzeitige Abwahl des Präsidenten Chávez.

Bist du krank? flieg nach Cuba!



Während sich immer mehr Menschen in Deutschland keine ordentliche Gesundheitsversorgung mehr leisten können,

weil die geforderten Zuzahlungen astronomische Höhen erreicht haben oder die Krankenkassen einfach gar nichts mehr übernehmen oder die Regierung mit ihren Reformen auch den letzten Rest sozialer Leistungen beseitigt hat oder, oder, oder - während also die Gesundheitsversorgung in Deutschland zunehmend zu einem Privileg für wohlhabende Schichten der Bevölkerung wird, verteidigt die cubanische Bevölkerung ihre sozialen Errungenschaften. Zu diesen eng mit der Cubanischen Revolution von 1959 verbundenen Errungenschaften gehört auch ein auf dem Kontinent beispielhaftes Gesundheitswesen. Und so beginnen auch deutsche Patienten allmählich, Cuba als Alternative zum deutschen Gesundheitssystem zu entdek-

ken. Der auf die Insel spezialisierte Reiseveranstalter „Profil Cuba-Reisen“ www.profil-cuba-reisen.de bietet als eines der ersten Reisebüros Reisen zu Behandlungszwecken nach Cuba an. Die Behandlung in Cuba ist zwischen 20 und 80 Prozent günstiger als eine vergleichbare Behandlung in Deutschland. **Meistens sind die Behandlung, der Flug, die Unterbringung und ein Anschlussaufenthalt zusammen noch deutlich billiger als eine entsprechende Behandlung in Deutschland.**“

Venezuela libre



Die Anschlagpläne gegen Venezuelas Präsidenten Hugo Chávez hatten bereits Ort und Datum.

Der Comandante der Bolivarianischen Revolution sollte am 24. Juni.2005 während der traditionellen Militärparade in Carabobo ermordet werden. Chávez un-

Antikommunismus in der CSR

Die antikommunistischen Kampagnen in der Tschechischen Republik nehmen wieder zu.

Während der letzten Monate gab es verschiedenste antikommunistische Aktionen - Demonstrationen, Petitionen, Konzerte und sogar Versuche, die tschechische kommunistische Bewegung zu verbieten. Zwei Senatoren des tschechischen Parlaments starteten eine Kampagne zur Kriminalisierung der Kommunisten. Senator Jaromir Stetina („Weg des Wechsels“) und Martin Mejstrik (Grüne) möchten die Kommunistische Partei Böhmen und Mährens (KSCM) sowie die Kommunistische Jugendunion (KSM) illegalisieren. Und als wäre das noch nicht genug, versteigt sich Jaromir Stetina zu folgenden, ungeheuerlichen Aussagen: „Vergleicht man die Opferzahlen des Nationalsozialismus und des Kommunismus wird man sehen, dass es keinen signifikanten Unterschied gibt“. Vor kurzem starteten Stetina und Mejstrik eine Aktion gegen das kommunistische Magazin „Mlada Pravda“ („Junge Wahrheit“). Die „Mlada Pravda“ ist ein monatlich erscheinendes Magazin der Kommunistischen Jugendunion (KSM) und ist jeden Monat voll mit Information über Kämpfe für die Rechte von Jugendlichen - Schülern, Auszubildenden und jungen Arbeitern - in der tschechischen Republik und weltweit. Offiziell griffen Stetina und Mejstrik die „Mlada Pravda“ wegen ihrer 'leninistischen Propaganda' und ihren 'Forderungen nach einer sozialistischen Revolution' an. Die KSM verfasste ein Statement, in dem sie ihren Protest gegen die antikommunistische Kampagne darlegt, da es sich dabei um eine Kampagne handelt, die der Faschisierung der tschechischen Gesellschaft dient. Die KSM ruft zur Einheit aller Menschen, die gegen diese Einschränkung der demokratischen Rechte sind, auf.

terstrich, dass die Verschwörung aus dem Ausland komme und mit der Unterstützung von Lakaien im Inland rechnen konnte. Nur dank der Wachsamkeit der Streitkräfte konnte dieses Verbrechen verhindert werden. Dem ist nur noch hinzuzufügen, dass Venezuelas Präsident Hugo Chávez nach sechseinhalb Jahren Amtszeit Favorit für die Präsidentschaftswahlen, die Ende kommenden Jahres stattfinden werden, bleibt. Das Meinungsforschungsinstitut Datanálisis - eigentlich der Opposition verbunden - ermittelte eine Unterstützung von 70 Prozent für den revolutionären Staatsoberhaupt.



50 Jahre Bundeswehr

Ausgestorben !

zuviel Panzer -

zuwenig Hirn



BUNDESWEHR ABSCHAFFEN!

stische Kriegsverbrecher waren. Und als der Feind im Osten dann nicht mehr da war, musste schnell ein neuer her. Daher auch die Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Es wird eine Armee gefeiert, die in in aller Welt als Besatzungsmacht steht so z.B. in Jugoslawien und in Afghanistan.

50 Jahre Bundeswehr – 50 Jahre zuviel.

Unter dem verlogenen Motto „Entschieden für den Frieden“ gab es bundesweit zahllose Veranstaltungen, um den 50. Geburtstag der Bundeswehr zu feiern. Passend zu diesem „Feiertag“ hat Bundes „kriegs“minister Struck angekündigt, künftig überall mitballern zu wollen. **Die Soldaten und die Öffentlichkeit sollen sich darauf vorbereiten, dass künftig auch Soldaten bei Kampfhandlungen ums Leben kommen werden.** Über die zivilen Opfer der Bundeswehr sprach Struck nicht. Hier wird eine Armee gefeiert, die nie zur Verteidigung sondern von Beginn an für einen Angriffskrieg gedacht war. Deren erste Generale zum großen Teil faschi-

Zur möglichen Bundestagswahl 2005

Ein Politikwechsel wird nicht im Parlament durchgesetzt, sondern in den Betrieben und auf der Straße.

Die Durchsetzung von demokratischen und sozialen Rechten wird nur möglich, wenn die Arbeiterklasse - den Klassenkampf mit antikapitalistischem Charakter entwickelt. Die arbeitenden Menschen, die Arbeitslosen, die Jugend, die Rentner – sie können nur gewinnen, wenn sie sich selbst organisieren und kämpfen. Deshalb steht für die DKP die Entwicklung des außerparlamentarischen Kampfes und der sozialen Bewegungen im Mittelpunkt. Wir brauchen dennoch eine linke Opposition im Bundestag. - Die Impulse für die außerparlamentarische Bewegung geben kann. - Die beitragen kann Mut zum Widerstand, Mut zur Veränderung, zum Vertrauen in die eigene Kraft zu entwickeln. - Die dazu beitragen kann, die Resignation zu überwinden und einen Aufbruch für eine neue Politik zu befördern kann. Eine linke Opposition im Bundestag braucht die außerparlamentarische Bewegung. Sonst wird sie in den Parlamentarismus integriert und verliert ihr Profil. Deshalb stehen im Zentrum für die Durchsetzung einer anderen Politik nicht der Zusammenschluss von PDS und WASG, sondern die Entwicklung der Bewegung und die Schaffung eines gemeinsamen Projektes der Bewegungen und linker Parteien. Deshalb ist das Wahlbündnis keine Angelegenheit, die in traditionali-

stischer Art und Weise von PDS und WASG in kleinen Parteizirkeln ausgehandelt werden kann, sondern dieses Bündnis ist eine Angelegenheit der sozialen Bewegungen, der Friedensbewegung, der antifaschistischen und antirassistischen Bewegung, der linken Gewerkschafter, der Linken insgesamt – alle müssen sich jetzt vor Ort einmischen und neue Formen der Zusammenarbeit finden. In diesem Zusammenhang unterstützen wir Kommunistinnen und Kommunisten in der DKP auch den Einzug von “Die Linkspartei” mit einer Fraktion in den Bundestag. Sie tritt dafür ein, dass dies auch einen Verständigungsprozess über eine Alternative beinhalten muss; eine Alternative des Friedens gegen den Krieg und eines neuen Gesellschaftsmodells gegen den Neoliberalismus. In diesem Verständigungsprozess bringen wir unsere Positionen ein: Eine Rückkehr zu mehr Sozialstaatlichkeit der 60-er und 70-er Jahre oder ein keynesianisch gezähmter Kapitalismus ist weder unser Ziel noch halten wir ihn heute für möglich. Globalisierter Kapitalismus und Neoliberalismus bedingen einander. Für den Bruch mit dem Neoliberalismus und einen Politikwechsel muss die Macht der Finanzmärkte, der Banken und der Multis eingeschränkt und gebrochen werden. Den sozialen Sicherungssysteme und Rechte, sowie die demokratischen Grundrechte zu verteidigen, zu erneuern und auszubauen

Historisches



Jubiläen sind für **Kommunisten und den klassenbewussten Teil des Proletariats nicht leere Gedenktage, sondern Richtlinien für den Klassenkampf, Leitfäden für die Aktion. (Ernst Thälmann)**

13.08.1961: Sicherung der Staatsgrenzen der Deutschen Demokratischen Republik zu Westberlin und zur BRD.

17.08.1956: Verbot der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) aufgrund des Antrages des Bonner Adenauer Regimes vom November 1951.

18.08.1944: Ernst Thälmann, Vorsitzender der Kommunistischen Partei Deutschlands, im KZ Buchenwald ermordet.

01.09.1939: Beginn des zweiten Weltkrieges mit dem faschistischen Überfall auf Polen.

01.09.: Antikriegstag

–, das ist nur in der Konfrontation mit dem Kapital möglich. Denn immer offensichtlicher wird die Kluft zwischen der Antriebskraft dieses kapitalistischen Systems, der hemmungslosen Jagd nach Profit, und all dem was ein menschenwürdiges Leben ausmacht: Arbeit, Bildung, soziale Sicherheit, Umwelt, Demokratie, Solidarität, Entfaltung der Persönlichkeit. **Der Kapitalismus kann keines der Probleme der arbeitenden Menschen lösen und wird zum Hemmnis der Entwicklung der Menschheit. Wir müssen den Kapitalismus überwinden, damit wir die Zukunft – den Sozialismus – gewinnen können!**




ob der oder die, alles bleibt beim alten! Darum!

VOTA COMMUNISTA!

14. UZ Pressefest



Hessenzelt Eingang

Weit mehr als 50 000 Gäste kamen zu unserem Fest in den Revierpark Wischlingen in Dortmund.

Schon am Freitagabend wurden mehr Besucher als in den Vorjahren gezählt, darunter viele junge Menschen, deren Neugier über das, was sich da abspielen sollte, spürbar war. Riesenandrang gab es wieder am Samstag, wo sich Tausende vor der Hauptbühne sammelten - Fans der Rockgruppe Brings, Fans der irischen Sands Family und Fans von Konstantin Wecker. Und auch die Zelte und Stände, mit denen sich die DKP als bundesweite Organisation präsentierte, verzeichneten ebenso großen Andrang wie die 70 Stände von Organisationen und Initiativen, mit denen die DKP befreundet ist und eng zusammenarbeitet. 22 kommunistische Parteien aus aller Welt waren in Dortmund Gäste und Gesprächspartner. Auch im Hessenzelt ging es hoch her. Schon am Freitag Abend, bevor der Bundestagskandidat Achim Bigus in den Jugendbereich ging, trat er im Hessenzelt mit Liedern aus den Befreiungskämpfen Lateinamerikas auf. Am Samstag und Sonntag kam im Hessenzelt Stimmung auf mit: der Gruppe Quijote aus Chemnitz, mit Liedern von Mikis Theodorakis in deutscher Spra-

che, die Hanauer DKP Betriebsgruppe Metall mit ihrem neuen Programm: „May TV, Gucke mer maa“, zum Thema: Ist Deutschland noch zu retten? Erich Schaffner und Georg Klemp mit der politisch-literarischen Revue: „Fröhlich in die Armut“ eine bissige Kommentierung der aktuellen Politik mit Liedern und Texten u.a. von Kästner, Goethe, Tucholsky, Brecht. Das Cabaret Paris mit ihrem Programm „Querböse“ - die Aufforderung „Scheuklappen ablegen, Geradeausdenken abstellen, Quer zuhören und sehen!“ Es gab aber auch Diskussionsrunden, zu den Themen: „Mit Bolivar zum Sozialismus?“ Gibt es eine Chance? Wenn ja - wie wird sie genutzt? Und „Sie riskierten ihr Leben im Widerstand gegen den Hitlerfaschismus“ mit den Widerstandskämpfern Henny Dreifuß und Peter Gingold, beide waren in der französischen Resistance, und Hans Heisel, Angehöriger der Wehrmacht und des Komitees „Freies Deutschland“ für den Westen. Ein besonderer Anziehungspunkt für Jugendliche waren die von SDAJ und AMS (Association Marxistischer Studierender) am Seeufer ausgerichteten Veranstaltungen. Zum Beispiel am Freitagabend Achim Bigus singt im Großzelt der SDAJ Arbeiterlieder. Und das Zelt ist proppenvoll. Jede



im Hessenzelt

Bank ist besetzt, viele müssen stehen, viele auch draußen, an der offenen Zeltseite. Stundenlang werden begeistert Arbeiterlieder gesungen. Der Mann mit Gitarre ist Held der Stunde und wird zwischen zwei Liedern entsprechend gefeiert. Als Achim Pause machen muss, weil die Technik nicht klappt, gibt es kein Gemecker. Stattdessen unterhält sich das jugendliche revolutionäre Publikum selbst und singt spontan Bella Ciao und andere Lieder. Ein angemessener Auftakt für ein gelungenes Fest. Statt mit einem freundlichen „Guten Morgen“ beginnt der Tag im Jugendbereich mit Antikomplimenten über Augenringe und mit Sprüchen à la „Siehst du scheiße aus.“ Danke noch mal ... Schade, dass es schon wieder vorbei ist. Das 14. UZ-Pressefest - Volksfest der DKP 2005 wurde wieder zum schönsten, spannendsten und größten Volksfest der Linken.



Mehr Kommunisten braucht das Land!



Ich möchte:

- Informationen über die DKP.
- Informationen zu folgenden Themen _____

- Mitglied der DKP werden.
- meine Ruhe.

Name:

Adresse:

**Und ab an: DKP Hochtaunus
Postfach 1344
61283 Bad Homburg**

Ruhrcamp 2005



Endlich ist es soweit, das dritte Ruhrcamp „Anton Makarenko“ findet vom 30. Juli bis 10. August 2005 in Essen Werden statt. In der nächsten Ausgabe gibt es einen ausführlichen Bericht.

**Verantwortlich im Sinne des
Presserechts:**

Thomas Knecht, Postfach 1344,
61283 Bad Homburg, Auflage 2000,
Eigendruck im Selbstverlag. Das nächste
Taunus Echo erscheint im September 2005

Aktionen und Termine:

Samstag, 30. Juli bis Mittwoch 10. August: drittes Ruhrcamp in Essen

Dienstag, 09. August: DKP HTK Stammtisch 18.00 Uhr Cafe Klatsch Friedrichsdorf

Dienstag, 23. August: DKP HTK Stammtisch 18.00 Uhr Cafe Klatsch Friedrichsdorf

Montag, 05. September: DKP MV 19.00 Uhr Bürgerhaus Köppern

Dienstag, 20. September: DKP HTK Stammtisch 18.00 Uhr Cafe Klatsch Friedrichsdorf

**Das Taunus Echo kostet Geld!
Jeder Cent zählt!**

Spendenkonto der DKP
Hochtaunus:

**Kto. Nr. 1141 47 - 462
BLZ: 440 100 46 bei der
Postbank Dortmund**

**Übrigens, Spenden an
die DKP
sind von der Steuer ab-
setzbar!**

Mit kommunistischen Grüßen
Die Redaktion

DKP im Internet

www.DKP.de
www.DKP-Hessen.de
www.DKP-Hochtaunus.net

E-mail an uns:

**Achtung wir haben eine
neue E-mail Adresse:**

DKPHochtaunus@gmx.de



**Kommunistische
Arbeiterzeitung Nummer 312**

**Schwerpunkt
Niemanden vergessen!
Nichts vergeben!
Nie wieder Faschismus -
Nie wieder Krieg!**

**Zu Beziehen über:
KAZ Redaktion, Reichstraße 8, 90408
Nürnberg
Preis 1,- Euro**

POSITION

MAGAZIN DER SDAJ

**Schwerpunkt
Technik**

**Ausserdem
Weg mit dem
Ausbildungspakt**

**Ausbildung und Übernahme für
alle!**

**Zu bekommen, bei jeder SDAJ
Gruppe oder bei Verein Position**

Hoffnungstraße 18

45127 Essen

Tel: 0201 - 230633

Fax: 0201 - 230693

E-mail: position@sda-j-online.de

Übernachtung in Berlin

Du brauchst manchmal einen
Schlafplatz in Berlin? Ich habe ei-
nen für dich und deine Freunde (bis
5 Personen).

Preise pro Nacht:

1 Pers. 23,- ; 2 Pers. 40,- ;

3 Pers. 50,- ; 4 Pers. 60,-;

5 Pers. 70,- Euro.

Tel. : 030 - 7859854,

E-Mail: iris.rudolph@gmx.de

von der Redaktion empfohlen!

Konkret 01.1990 - 11. 2002

Gegen Spende abzugeben.

Spende kommt zwei richtigen Zeitun-
gen (Gießener Echo und Taunus
Echo) zugute. **Die Ausgaben müs-
sen in Gießen oder in Köppern
abgeholt werden.**

Kontakt: dkphochtaunus@gmx.de
oder dkpgiessen@aol.com

**Informationen aus erster
Hand!**



**Neues aus der BRD
und dem Rest der
Welt.**

www.REDGLOBE.de

**aktuell und
revolutionär**



UZ Probe - Abo 4 Wochen kostenlos

Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Name

Vorname

Straße

PLZ

Ort

E-Mail

Vollständig ausfüllen und
abschicken an:
CommPress Verlag GmbH
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Fax: 0201-2486484
www.unsere-zeit.de

Kommunalwahl 2006

**Die Vorbereitungen zur Kommu-
nalwahl, sind auch bei uns, durch
die Ereignisse rund um die mögli-
che Bundestagswahl ins stocken
geraten.**

In der nächsten Ausgabe des Taunus
Echo, wenn dies alles gelaufen ist,
werden wir weiter über die Kommunal-
wahl und das linke Bündnis Berichten
können.

Sommer- loch

**hier könnte deine / ihre Werbung
sein!**

Liebt das Buch – die Quelle des Wissens...



... so ist der Leitspruch der Jugendbibliothek Gera e.V. .

Ein Erlebnisbericht des Besuches der Bibliothek am 04.06. und 05.06.2005.

Nach ca. 6 Stunden Zugfahrt waren wir froh endlich zur Eröffnung der Jugendbibliothek zu kommen und wurden auch nicht enttäuscht, denn die Bibliothek ist sehenswert bis in den letzten Winkel. Wir wurden mit offenen Armen empfangen, als Vertreter der DKP - Hochtaunus und der SDAJ - Gruppe Hochtaunus und anschließend wurde uns die Bibliothek gezeigt und erklärt, und ich muss euch sagen es war ein Erlebnis das ich noch nie hatte. Denn endlich, meiner Meinung nach, wurde die Idee

anderen Jugendlichen (aber nicht nur Jugendlichen) Bücher, die wirkliches Wissen verbreiten, wie z.B. Biographien von Thälmann, Marx, Che Guevara, Piek, Lenin, Honecker. Auch gibt es dort Bücher über Militär Strategien von Shukow bis Bersarin oder einfach nur Bücher gespickt mit Allgemeinwissen und natürlich auch Romane enthalten, nahezubringen und Ihnen auch die



Möglichkeit zu geben sie wirklich zu lesen. Den sie ist nicht nur Bibliothek sondern auch Café und Lesestube in einem. Die Bibliothek ist nicht nur als dieses gedacht sondern auch als Gegenpol zum aufkommenden Naziterror. Denn die Bibliothek soll in nächster Zeit zu einem Treffpunkt der Linken werden, ein Zentrum für Andersdenkende, Sozialisten, Kommunisten

und Jugendliche, die auf der Suche nach Perspektiven und Antworten sind. Jedoch wird immer wieder versucht, diesen Ideen Halt zu gebieten. Das zeichnet sich dadurch ab das die Kommunen und die Regierung die Mittel für solche freie unabhängige Projekte gestrichen haben. Wir linke lassen uns aber nicht unterkriegen und durch Spenden konnte die Bibliothek trotzdem gegründet werden. So kamen unter anderem die rund 4500 Bücher zusammen. Um zu zeigen wie wegweisend das Projekt ist, hier ein kleine Liste der Unterstützer: Roter Tisch Ostthüringen, DKP, PDS, KPD, SDAJ, solid, FDJ, KJVD und und und. Und

damit die Jugendlichen sich die Bücher auch ausleihen können sind die ersten 4 Wochen kostenlos und nach diesen vier Wochen beträgt die Ausleihgebühr nur 1Euro pro weitere Woche. **Wir werden dieses Jahr auf jeden Fall nochmal hinfahren!** So und damit die Spenden und auch Sachspenden nicht abreißen und auch ankommen, hier die Adresse und Kontonummer: / Jugendbibliothek Gera e.V., Keplerstr. 34-36 in 07549 Gera / Konto: 57118, BLZ: 8300000, Sparkasse Gera, Betreff: Spende, Kontoinhaber: Jugendbibliothek e.V.

Dominic

Jugend in der DKP Jugend in die DKP

TE: Lieber Jannis, Börner, Zoran: ihr habt wie einige andere auch einen Aufnahmeantrag für die DKP gestellt. Warum eigentlich?

Jannis: Weil ich denke das die Partei jeden braucht, auch wenn ich im Moment noch nicht aktiv mitarbeiten kann, was sich in näherer Zukunft allerdings ändern wird.

Börner: Die Partei vor Ort muss aktiver werden und die Zusammenarbeit mit der SDAJ sollte gestärkt werden.

Zoran: Weil die DKP für mich die einzige Partei ist, die wirksam gegen den Imperialismus kämpft.

TE: Wie seid ihr in Kontakt mit der DKP gekommen und seid ihr auch in anderen Organisationen aktiv?

Jannis: Ich bin durch den einzigen revolutionären Jugendverband der BRD, die SDAJ in Kontakt mit der DKP gekommen. Dort bin ich auch aktiv.

Börner: Ja ich bin auch in der SDAJ, dadurch ebenfalls in Kontakt mit der Partei gekommen und auf dem UZ Pressefest, bei einer Veranstaltung der Jugendkommission der Partei zum Eintritt überzeugt worden.

Zoran: Ich wurde von Genossen angeworben, die mich auch in die SDAJ geworben haben, in der SDAJ bin ich seit Januar 2004

TE: Was könnt ihr als Jugendliche den jüngeren Lesern des Taunus Echo in Bezug auf die DKP mit auf den Weg geben?

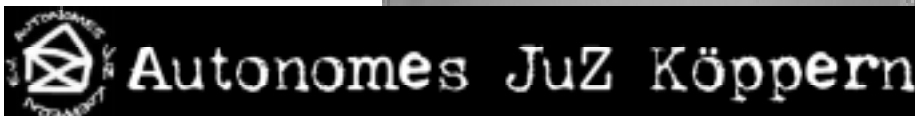
Jannis: Man soll nicht denken, das die DKP eine „alte Säcke Partei“ ist.

Börner: Mach mit in SDAJ und DKP.

Zoran: Kommt ruhig mal vorbei, wir fressen keine kleinen Kinder.

TE: Danke Genossen

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe!



Eines der letzten autonomen Jugendzentren in Hessen, das JuZ Köppern, hat am 30.6.2005, nach ca. 20 Monaten harter Arbeit und einem noch härteren Kampf zum Erhalt vorerst die Tore geschlossen.

Nachdem der Trägerverein erst vor kurzem den antifaschistischen Förderpreis Walter Rietig zuerkannt bekam, war Schluss in Köppern. Zwei großartige Abschlussveranstaltungen, eine am Samstag dem 24.6. für die Öffentlichkeit mit rund 150 Gästen sowie eine Interne für die rund 30 JuZ Organisatoren am Donnerstag, dem 30.6. hat es noch gegeben. Am 1.7. kamen dann schon die Handwerker. Die Stadtverwaltung stellte dem Verein zwar einen Container zur Verfügung. Allerdings noch nicht mal in Köppern, nein im noch mehr „Nazi verseuchten“ Burgholzhausen. Auch soll der Verein an zwei Tagen der

Woche das Juz in diesem Stadtteil nutzen können. Was jedoch an organisatorischen Problemen durch die Stadt zum scheitern vorgesehen ist, da es keine Strukturen in Burgholzhausen gibt. Es wird versucht, in Burgholzhausen zumindest einmal im Monat eine Veranstaltung durchzuführen, um den Vereinsstatus aufrecht zu erhalten. Und irgendwann wieder in Köppern arbeiten zu können. Nicht zu vergessen, der Verein trägt den Namen „autonomes JuZ Köppern e.V.“ Damit hat die Stadt es vorerst geschafft diese ambitionierte Jugendarbeit zu zerschlagen. Aber dabei muss es nicht bleiben. Ein bewährter Spruch von Bert Brecht lautet: „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ Wir setzen noch einen Satz dazu. „**Seien wir realistisch, versuchen wir das Unmögliche.**“ **Der Kampf geht weiter!**